

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Provinziales Reinhold Dreier, für die Anstalts-Redaktion Rudolf Rodanski, Halle, für den übrigen Anhalt Otto Wollenber, Leipzig. — Verl. der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 6.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern monatlich 2.70 M., ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — 3. Jahrgang. Die Zeitg. Kolonialzeitung 20 Pfennig, Inserate: auswärts 25 Pfennig, im Postamtteil Seite 7 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 289.

Halle, Freitag den 13. Dezember 1918.

2. Jahrgang.

Kritische Lage.

Der Expräsident des Reichstages Fehrenbach beruft den Reichstag ein!

Der verflorene Reichstagspräsident Fehrenbach, der sich seit Wochen um die Wiederzunahme der föderalistischen Reichstagsbestrebungen, hat an die Reichstagsabgeordneten dieses Schreiben verhandelt:

Die Zeit des Waffensstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab, aber wenn sie auch verlängert werden sollte, der Föderalismus des Reiches muß sofort angeht werden, wenn das Vaterland vor weiterer ungeheurer Schäden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsregierung die Verhandlungsbefähigkeit absprechen, daß sie jedoch die nach bestehenden Organisationen des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennen zur Schaffung sowohl einer legitimen Reichsregierung, als auch zur Nationalversammlung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine festgestellten Bemerkungen, Herrn Ernst im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Beratung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Zeit verzieht weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der außerordentlichen Sitzung vom 26. Oktober erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Mitteilung von Ort und Zeit der Lokung nach vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten, und zur demnächst anzubehandelnden Sitzung vollständig zu erscheinen.

Der Rat der Volksbeauftragten hat darauf Herrn Fehrenbach folgendes mitgeteilt:

Auf Ihre gefälligen Schreiben vom heutigen Tage erlaube ich mir folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsbefähigkeit abspricht, daß sie jedoch Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung, zur Beschaffung über das Wahlgesetz zur Nationalversammlung, entscheidet der Verhandlung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irigen Glauben zu versetzen, als ob es eine verhandlungsbefähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt bargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gescheiterte Organisationen zu existieren aufgeschoben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Gegen den ausgeprochenen Willen der Räteregierung, allein gestützt auf die in unmaßlicher Weise der Entente wagt Herr Fehrenbach, den Reichstag wieder zu zusammenschreiben. Die Einberufung ist, wie Herr Fehrenbach angibt, die Einberufung einer legitimen Reichsregierung und die Beschaffung über das Wahlgesetz zur Nationalversammlung. In der Tat, die beiden sind zwei harte, das heutige System zu stützen. Doch das ist nicht nur so aus. Wenn die Beschaffung über das Wahlgesetz in die Hände des alten Reichstages gelegt würde, dann kann man sich ausmalen, wie es aussehen würde. Stimmt aber die Reichsregierung dem Plane der Einberufung des Reichstages mit dem Rechte — das ihm dann natürlich eingeräumt werden muß — das Wahlgesetz zu beschließen, zu, dann muß sie auch dem von dem kaiserlichen Reichstage beschlossenen Wahlgesetz folgerichtig und notwendig zustimmen. Deshalb kann keine Rede sein von der Einberufung des Reichstages.

Die Pläne Fehrenbachs und der hinter ihm stehenden Abgeordneten müssen schon deshalb als untauglich betrachtet werden, weil Herr Fehrenbach plant, den Reichstag nicht nach Berlin, sondern an einen anderen Ort zu berufen. Vor einigen Tagen schon ist in der Presse Herr Fehrenbach der Rat gegeben worden, den Reichstag nach Koblenz einzuberufen. Der Vorschlag wurde inoffiziell nirgends ernst genommen. Nun plant jedoch Herr Fehrenbach selbst die Zusammenberufung des Reichstages an einen Ort außerhalb Berlins, am Ende gar im besetzten Gebiete, so daß der Reichstag unter dem Schutze der Entente tagen würde. Was dann aus den Beratungen des Reichstages herauskommen würde, kann man sich ohne Mühe ausmalen. Sinter dem Plane Fehrenbachs müssen nach alledem gegenrevolutionäre Absichten vermutet werden, denen mit aller Entschiedenheit begegnet werden muß.

Man beruft sich auf die Entente, deren Organe geflissentlich das neue Deutschland als von wilder Anarchie zerfallen darzustellen, um die feindlichen Regierungen die Möglichkeit zu geben, ihre Truppen als Polizeimacht bei uns einmarschieren zu lassen. Es werden auch Nachrichten in der feindlichen Presse verbreitet, als rufe das deutsche Volk nach den Engländern und Franzosen als Retter gegen die anarchistische Not. Das waren jedoch wohlbedachte Fälschungen zu berechneten Zwecken. Heute jedoch kann die Entente sich auf Herrn Fehrenbach berufen, daß es in Deutschland keine geordnete Macht gebe und bürgerliche Rechte die Berufung

des Reichstages zur Schaffung einer solchen geordneten Gewalt fordern. Die Volksbeauftragten haben Herrn Fehrenbach in aller Deutlichkeit auf dessen Schreiben an die ehemaligen Reichstagsmitglieder gelangt, daß der Reichstag als bestehende Organisation zu existieren aufgehört hat und Fehrenbach die Folgen für die Berufung zu tragen habe. Beruft Fehrenbach dennoch den Reichstag, und am Ende nach einem von der Entente kontrollierten Orte, dann sind die Absichten des ehemaligen Reichstagspräsidenten Fehrenbach entfällt: Herr Fehrenbach und die hinter ihm stehenden ehemaligen Abgeordneten setzen ihre Forderung auf die Entente! Von dieser unserer Ansicht kann uns nichts abbringen, am allerwenigsten eine Erklärung, daß durch die Einberufung des Reichstages gerade das Eingreifen der Entente verhindert werden sollte.

In der Tat, Herr Fehrenbach und sein Anhang befragen nur die Gefühle der Entente, die alle Tage gewalttätiger und brutaler gegen das am Boden liegende und gefesselte

Deutschland wird. In Trier werden die Vertreter der deutschen Regierung bei den Waffenstillstandsverhandlungen geradezu wie Gefangene allem Volkrecht zum Geißel behandelt. In der Folge, die bis jetzt den deutschen Handelsverkehr mit den skandinavischen Staaten noch aufrechterhalten konnte, haben die Engländer nun ebenfalls die Hungerblöcke durchgeführt, indem sie jeden Handelsverkehr unterbunden haben. Daraus kann man ersehen, was wir zu erwarten haben, wenn der alte kaiserliche Reichstag mit den Belagern und Heydrich, den Stresemann und Wiemer die Möglichkeit hätte, mit der Entente gemeinsame Sache zu machen.

Kurz und gut: Der Reichstag darf nicht wieder zusammenzutreten. Für die neuen Gewalttäter, die Räteregierung, aber muß jetzt Klarheit darüber bestehen, daß für die Abgaben zur Nationalberufung die den Bar für eine Frist festgelegt werden muß.

Achtet die Menschenrechte!

Die deutsche Demokratie, wahre Volksfreiheit besteht nicht nur darin, daß die Mehrheit des Volkes die Regierung bestell, sondern umschließt auch das Recht der Minderheit, nach dem Maße ihrer Stärke an der Abfassung der Gesetze mitzubeteiligen zu sein, freie Kritik in Wort und Schrift zu üben und die Persönlichkeitsrechte ohne Einschränkung zu genießen. Das Große an der englischen Demokratie, das ihr Dauer verliehen hat, besteht darin, daß zugleich mit der Einschränkung der Königs Gewalt die Sicherung der persönlichen Freiheit des einzelnen begann, die Unverletzlichkeit des Hauses und die Garantie, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen wird.

Das deutsche Volk will Demokratie. Es hat ein feines Gefühl dafür, wer es endlich mit der Freiheit des Volkes meint und wer nicht. Der Widerstand der Unabhängigen gegen eine möglichst rasche Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, hat ihnen in den breiten Massen schwersten Schaden getan und sie bereits viele Anhänger gekostet.

Will die Revolution sich nicht selbst in Mitleid bringen, dann muß sie sorgfältig darauf achten, daß auch in diesen aufgeregten Zeiten Redefreiheit, Pressefreiheit und ordentliche Gerichtsbarkeit aufrechterhalten bleiben. Leider ist es auf diesen Gebieten an manchen Orten schon zu schweren Rückgriffen gekommen. In Bremen z. B. wollen die kaiserlichen Kreise eine Reihe von Versammlungen abhalten. Mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit hat es ihnen der A. und S. Rat verboten. Die sozialdemokratischen Mitglieder der politischen Verwaltungsbehörde Bremens haben es mit Recht für ihre Pflicht gehalten, öffentlich zu erklären, daß sie diesen Beschluß mit sich billigen und ihn nicht zu verletzen gedenken. Die vollständige Versammlung und Vereinsfreiheit ist eine der großen Errungenschaften der Revolution; wir sollten sie unter keinen Umständen antauchen lassen.

Niemals zöhrlich wird schon die Eingriffe in die Pressefreiheit geworden. Soweit es sich um den Lebensfortschritt und die gewaltsame Beseitigung von Fetten handelt, die für die Zwecke einer bestimmten Parteirichtung beschlagnahmt werden solltet, unterliegt es keinem Zweifel, daß ein solches Verbot und Hausdurchsuchung vorliegt. Gegen diese gewalttätigen Ausreitungen mußte die Regierungsgewalt mit ihren Machtmitteln einschreiten.

Schlummer vom grundsätzlichen Standpunkt aus sind die Verleumdungen mancher A. und S. Räte, die Pressefreiheit im angeleglichen Interesse der Revolution zu beschränken, wie die

Generalkommandos sie während des Krieges im Interesse der Kriegführung beschränkt haben. Verordnungen auf unangelegliche Einwirkung von Verhöhnungen an leitender Stelle des Plakats, Verbot von Stadtrichtern, die angeblich falsch sind und die Demokratie lächerlich fänden, Androhung von Verboten und Ähnliches, sind aus vielen Gegenden des Reiches gemeldet worden, um so häufiger, je weniger erfahrene Politiker in den A. und S. Räten saßen und je mehr dort linksradikale Elemente die Oberherrschafft an sich rissen. Selbst in Großstädten wie Frankfurt a. M. ist Redaktionen Zeugnis abgedroht worden, wenn sie nicht den Urheber bestimmter Nachrichten nennen wollten. Wie diese Fehler, welche den bisher Unterdrückten von den Unterdrückten übernommen sind, müssen jedoch wie möglich vermieden, wenn das deutsche Volk das Vertrauen zur Sozialdemokratie als der Partei der Freiheit behalten soll.

In diese Kategorie gehört endlich auch die Verhöhnung der rheinischen Großindustriellen. Auf Grund eines Gesprächs, das ein Kellner belauscht haben will, hat man Männer im Alter von vierzig Jahren in Unterdrückungslage gepeert, weil sie angeblich gesagt haben sollen, es wäre ganz gut, wenn die Franzosen und Engländer das ganze Ruhrrevier besetzten; auch sollen sie einander geraten haben, vertrauliche Schriftstücke zu beseitigen. Es ist an sich höchst unvorschriftlich, daß alle, mit allen Woffern gemachte Großindustrielle vor den Ehren eines Kellners solche Dinge verhandeln. Es darf außerdem schon als feststehend gelten, daß die Beschuldigten gar nicht an dem Tag an der Stelle waren, wo der Kellner sie belauscht haben wollte. Aber wie dem immer sei, auf keinen Fall haben die Belauscherten das Recht, Verfassungen vorzunehmen; diese Angelegenheit gehört ausschließlich in das Reich der Exekutive und steht allein den Staatsanwaltschaften zu, die als politische Beamte nach den Weisungen der Regierung zu verfahren haben. Grundbillsch ist es auch nicht möglich, Unterdrückungen, die nur am Wohnort der Beteiligten oder wegen Landesverrats am Reichsgericht geführt werden könnten, in Berlin vorzunehmen. Die Entschuldigend, daß man die Verhaftungen nur vor der Gefahr des Ansehens habe schützen wollen, stellt an sich eine schwere Anklage gegen die gegenwärtigen Rechtszustände in Deutschland dar.

Um ihres eigenen guten Rufes willen muß die Revolution unbedingt dafür sorgen, daß die persönliche Freiheit und das Recht des einzelnen nicht gekränkt werden.

Die Leipziger Volkszeitung verleugnet Spartakus!

Die sich kühnlich deutscher gegen die Leipziger Volkszeitung und ihre Führungskräfte, die Spartakus, während der Einberufung der Bevölkerung feiert das Unbehagen des Leipziger Organs für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Die Wahlergebnisse in Dresden und Chemnitz lassen die Volkszeitung für die nähererenden Nationalratswahlen nichts Gutes ahnen, und sie hält es deshalb für an der Zeit, von Spartakus abzurufen. In einer Kolonne gegen unter Dresden Parteiorgan sagt die Leipziger Volkszeitung:

Die Dresdener Volkszeitung weicht natürlich ganz genau, daß weder Genosse Lipinski, noch die Leipziger Unabhängige Sozialdemokratische Partei etwas mit der Spartakusgruppe zu tun hat, deren Zielsetzung in Leipzig nicht die geistige Spurezeit.

Doch diese dreiste Verleumdung, die, wie wir weiter unten zeigen werden, mit den Tatsachen in eklamantem Widerspruch steht, für bare Münze genommen wird, glaubt die eifrige Volkszeitung wohl selbst nicht. Er z. Tobak dürfte selbst für ihre gedankenlossten Leser etwas zu stark sein.

Interessant ist aber bei der erwähnten Kolonne der Gegensatz des Streites. Die Leipziger Volkszeitung nennt es eine „erregene Behauptung“, daß man in Leipzig (d. h. bei den Leipziger Unabhängigen, Spartakus, der Mehrheit des unter Mitarbeit des freien Wahlkreises gebildeten Arbeiterrates) von einer deutschen Nationalratsversammlung im Grunde überhaupt nicht wissen wollte. Die Leipziger Volkszeitung ist nun einmal so! Was ihr gelegentlich nicht in den Strom drückt, erlischt einfach nicht! Obwohl sie sich hundertmal für die Verhöhnung der Nationalratswahlen ausgesprochen und vor einer „Ueberführung“ der Wahlen gewarnt hat, wie sie auch vorgelassen hat dem Herrn Minister des Innern Lipinski begünstigt zustimmen, der von einer

Kürztzitzgesetz Dr. Goll.

Der Staatsrat des Auswärtigen Amtes Dr. Goll hat sich nach seinem Auftrage mit einem Verordnungsentwurf befaßt, aus dem eine neue Kürztzitzgesetz hervorgeht, das erweitert, indem es ein neues Kürztzitzgesetz einrichtet, über das die Entscheidung in kürzester Frist zu erwarten ist.

Von den neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Brer.

Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstands beratenden Delegation ist heute vormittag um 11 Uhr in Brer eröffnet worden. Die Verhandlungen werden in einem D-Zug am Bahnhof geführt. Der bereits gemeldete strengere Zutritt der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen penibel durchgeführt. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art mit dem Außenwelt ausgeschlossen, sondern auch der Meinungsäußerung mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die peinlichste Kontrolle gestattet. Dieser Gegenstand widerspricht jedem Gerichten und steht in schärfster Beziehung zu den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, so wie auch die Befragung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

Die Klärung des besetzten Gebietes

Schreit vorwärts. Gestern ist in Brer die Klärung des besetzten Gebietes im Gange. Die Klärung des besetzten Gebietes ist ein sehr wichtiges Moment, da die Klärung des besetzten Gebietes ein sehr wichtiges Moment ist, da die Klärung des besetzten Gebietes ein sehr wichtiges Moment ist.

Klerikale Propaganda bei den Frauen.

Es sind 20 Millionen Frauen, denen die Revolution die politische Gleichberechtigung gebracht hat, und denen die Revolution die politische Gleichberechtigung gebracht hat, und denen die Revolution die politische Gleichberechtigung gebracht hat. Die Revolution hat die politische Gleichberechtigung gebracht, und die Revolution hat die politische Gleichberechtigung gebracht.

Die Sozialisationskommission

Hier geht unter dem Vorsitz von Herrn Kautsky eine Sitzung ab. In der D-Debatte wurde besprochen, inwiefern die Kriegsgesellschaften in der Friedenszeit weiter beibehalten werden können. Es wurde von verschiedenen Seiten behauptet, daß man für die Überzeugung ohne dynamische Initiative nicht die auskommen können. Weiter wurde die Frage der Einfügungen und Zusammenlegungen besprochen.

Vom Volkseigenem

Selbst rufende Soldatenverträge, die von der Offiziere kommen, lehnen in der entscheidenden Weise jedes Kompromiß mit dem Volkseigenem ab und haben sich energig dagegen ausgesprochen, daß die Vertreter der Komplexionäre die Herren Hoffe und Habel nach Berlin kommen.

Aufhebung der Höchstpreise für Stahl und Eisen.

In der gestrigen Verhandlungen über die Aufhebung der Höchstpreise in der Stahl- und Eisenindustrie erklärte Staatssekretär Reich, er hoffe, demnächst die Aufhebung in Aussicht stellen zu können, doch hoffentlich darüber noch weitere Verhandlungen stattfinden werden.

Liebeskriege in Brer.

In den Elektrizitätswerken von Bergmann im Rajenlof war es vor einigen Tagen zwischen Arbeitern und Belegschaft zu Mißverständnissen gekommen, die die Arbeiter vorantrieben, in den Streik zu treten. Die Organisationen griffen ein, und der Konflikt wurde geregelt.

Wie Spartakus Wahlen schiebt.

Bei den Arbeiter- und Soldatenratswahlen schiebt die Spartakusgruppe ihren Wähleranfragen durch raffinierte Täuschungen, und Ueberrumpelungsmanöver zu erfüllen. Das ungesetzliche Wahlverfahren gibt leider dazu manche Möglichkeiten. Allen von Berlin ließ sich ein ganzes Buch über die verschiedenen Wahlprozeduren der Spartakusliste schreiben.

Ein einzelner Fall: In Berlin sollen die Anzeigstellen von 45 Bundesbankstellen einen Vertreter zum Arbeiterrat gemeinlich wählen. Nun liegt in Berlin die Zeitung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in den Händen Paul Ranges, eines fanatischen Spartakusmannes, und keiner Glatze, während die große Mehrheit der Mitglieder auf dem Boden der Form steht. Unter den Wählberechtigten liegt Herr Range einen Mann eines Herzens und findet berechtigten Licht Herr Range endlich in der Parteibehandlung des Barockis, wo unter familiären Anzeigstellen ein gewisser B. der einzige Unbeteiligte ist. Flugs befehlt Paul Range Herrn B. nicht nur zum Kandidaten, sondern auch noch gleichzeitig zum Stellvertreter. Der Wahlleiter B. macht nun für den Wahlleiter B. die Interessen der Partei, welche die Werbung nicht, daß am Abend die Wahl ist; und Herr B. ist der von den freien Gewerkschaften empfohlene Kandidat. Doch er ein noch längere Wochen hindurch B. vorwärts. In wenigen Stunden soll mehrere gewählt werden. Die 45 Betriebe haben keine Stimmzettel einander, es ist kaum möglich, sie bis dahin aufzuführen. Ein Korre-

pondenzbureau, das auf dem Boden der alten Partei steht, erklärt sogar die Aufforderung an die Angehörigen, zur Wahl zu kommen, er möge die Wahl vorer. Und dieses Wahlverfahren ist die Lust der letzten Unabhängigen, die getrennt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung „abertür“ werden.

Zur Wohnungsreform in Groß-Berlin.

Bereits bei der Eröffnung der Ausstellung für soziale Bauweise hat Staatssekretär Bauer darüber gesprochen, daß der Wohnungsbauplan in der Form der Mietlokalen sehr wenig Unterstützung durch die neue Regierung zu erwarten hätte. Der Wohnungsbauplan war aber bisher wenigstens in engerer Beziehung der Städte unmöglich wegen der hohen Bodenpreise, die sich infolge der unermesslichen Bodenbesitzverhältnisse bei den Mietlokalen durch den Preisanstieg und die Bodenpreise zu erhöhen, nur schwer zur Geltung kommen.

Für die nächste Zukunft ist auf diesem Gebiet eine bedeutende Umwälzung zu erwarten. Denn die preussische Staatsregierung hat sich entschlossen, alle feststehenden Gebäude in der unmittelbaren Umgebung Berlins zu dem billigen Preise von 50 Pf. bis 2 R. pro Quadratmeter dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Für die erste Zeit sollte dieses Angebot allerdings noch wenig praktischen Wert, weil die Löhneren erst aufgeschlüsselt werden müssen. Rationell und Ertragslos sind aber zur Zeit, bis hinlänglich in der Zeit 1914, so daß innerhalb der Preis für das aufgeschlossene Land mindestens so hoch kommen würde, wie vielfach bereits aufgeschlossene Land aus Spekulationshand zu kaufen ist. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis die Wirkung der Regierung zu spüren beginnt. Die Wohnungsbauverwaltung wird die Zerrangefahren und sonstigen Bodenbesitzer, die über hundert Jahre lang in ihrem eigenen Interesse gut daran tun, sich für ihren Grundbesitz zu billigen Preis der Wohnungsbauverwaltung der Gemeinden und der gemeinnützigen Unternehmungen zu überlassen, denn wenn erst die billigen Staatswohnungen zur Verfügung stehen, haben diese Bodenbesitzer gar keine Aussicht mehr, sich Land zu den ihnen vorzuziehenden Preisen beschaffen zu können. In einzelnen Gemeinden, wie Berlin, besonders im Osten, sind die Zerrangefahren bereits zu einer Einwirkung gelangt und haben Bauern zu erheblichen billigen Preis für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Arbeitsmangel bei Arbeitslosigkeit!

Angedient der letzten Arbeitslosigkeit muß es ausfallen, daß ein großer Teil der Arbeitermangel liegt. So betrug die Zahl der Arbeitslosen im Oktober 1913, bei 2 bis 4. Dezember 1913. Das heißt etwa die Arbeitslosen abnehmend 20 Prozent, geht daraus hervor, daß außer diejenigen 80 niemand angetroffen hat. Es muß immer noch werden, daß nur durch Arbeit aller Arbeitsfähigen die jetzige Not behoben werden kann.

Zur Frauennavigation!

Die Revolution hat mit dem ältesten Unrecht der Welt aufgeräumt. Sie hat den Frauen das Bürgerrecht gegeben. Das bedeutet, daß sie die Hausfrauen sind, künftig das Recht und die Pflicht haben, an allen Fragen der Ernährungspolitik verantwortlich teilzunehmen. Das bedeutet, daß sie die Mütter sind, ein Mitscheidungsrecht bei allen Fragen der Erziehung und des Unterrichts haben werden.

Doch sie, die sie Menschen sind, mitraten und mittaten dürfen, wenn es sich darum handelt, die in der Ehevergebung, der Unehelichenfrage, der Bevölkerungspolitik beschlossenen Rechte zu umgrenzen und mit wirksamen Inhalten zu erfüllen.

Es bedeutet, daß die Frau als Erwerbstätige mitbestimmen darf, unter welchen Zeit- und Lohnbedingungen sie arbeiten, welches Ausmaß von Schatz ihr gesichert sein soll, Mutter- und Kinderurlaub, Arbeitsverbot in gefährlichen Betrieben, Rationalisierung der Hauswirtschaft, Ausgestaltung der Wohnungsfürsorge; eine Fülle von Pflichten und Aufgaben, an denen die Frau nunmehr berufen ist, mitzuarbeiten, treten und da entgegen.

Und endlich soll die Frau die alte Verstandeskultur des Mannes aus der Kraft ihrer tiefen und herpawomen Mütterlichkeit bereichern und den starren Gerechtigkeitsbegriff des Mannes in das Höhere, in Menschlichkeit wandeln. Keine Schöpfung, sondern eine qualitative Wehrung der Kultur; das sei die Morgengabe, durch die die Frauen der Revolution den Dank für das Recht darbringen, das sie ihnen gegeben hat.

Die revolutionäre Sozialdemokratie ist es, die auch den Frühling des Frauenrechts heraufhört. Vergeht das nicht, ihr Frauen aller Klassen und berageht auch nicht, daß die Sozialdemokratie nicht nur der Bringer, sondern auch der Würger eures neuen Rechtes ist, das mit ihr stehen und fallen wird.

Vergeht das nicht, und wenn die Feiertunde kommt, die auch zur Wahlurne ruft, dann handelt danach. Henriette Fürst.

Industrialisierung der Landwirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft war vor dem Kriege auf dem Wege zum sogenannten intensiven Betrieb, d. h. zur tüchtigen Ausnutzung des Bodens durch Zierkultur mit Dampfflug und Ergänzung der natürlichen mittels künstlicher Düngung, also kein Raubbau. Auf diese Weise gelang es, die Erzeugung aus derselben Grundfläche umgerechnet um das Doppelte zu erhöhen. Die Erträge sind in der Ernährung im Kriege die aber besser hätte sein können. Erhaltung im Kriege die aber besser hätte sein können. Erhaltung im Kriege die aber besser hätte sein können.

Bei der jetzigen wirtschaftlichen Notlage wird also die sofortige Inangriffnahme der rührenden Schritte erforderlich sein, es soll hier nur kurz angedeutet werden, wie dies möglich ist. In erster Reihe sind genügend Dampftraktoren zu schaffen, was unüberwindlich geringen Umbau der aus der Zeit zurückbleibenden Straßenlokomotiven gefahrlos kann; auch die Motorlokomotiven können zu sogenannten Motorpflügen umgebaut werden. Beides müßte einheitlich vom Staatskommissar für Remobilisierung geregelt werden.

ebenso wie die nachherige Vergebung der Mägen an die Bauwirtschaft, dies unter Mithilfe der Gemeindeorganisationen oder landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wermutlich brauchte ein Antrag einen so guten sich anbietenden Hilfsmittel gegenüber nicht ausgebaut werden, ebenso wenig gegen die planmäßige Verteilung der fast monopolistischen Erzeugung von künstlichem Stickstoffdünger. Viele durch den Krieg geschaffene Industrie kann nicht besser allgemein nutzbar gemacht werden. Auch das nötige Futter und Holzmaterial wird auf allgemeiner Basis zu verteilen sein. Wegen der Aufhebung des allzu mächtigen Subjektbessiges zu kleinen Bauerntümern, an demen Stelle zu sprechen, und es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß eine weitestgehende Umverteilung des Landes zu Gemüßen und Obdachlosen von etwa 5 bis 8 Morgen, wie nachgewiesen werden soll, eine Verlagerung von Menschen in volkswirtschaftlich günstiger Weise sofort und dauernd beschäftigen kann.

Es ist bekannt, daß bis zum Beginn des Krieges Millionen Markt für Gemüse und Obst ins Ausland gingen, weil der deutsche Gemüsebau allgemein rückständig war und als nicht rentabel galt, es auch bei unrationellen Vertriebsverhältnissen nicht war. Demgegenüber erzielten Gartenerzeugnisse in anderen Erzeugnissen, wie Getreide, Kartoffeln, Milch, Fleisch, Obst, Gemüse, an demen Stelle zu sprechen, und es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß eine weitestgehende Umverteilung des Landes zu Gemüßen und Obdachlosen von etwa 5 bis 8 Morgen, wie nachgewiesen werden soll, eine Verlagerung von Menschen in volkswirtschaftlich günstiger Weise sofort und dauernd beschäftigen kann.

Man haben sich verschiedene Ziehlingsgesellschaften mit gleichen oder ähnlichen Zwecken gebildet, oder eine allgemeine, staatlich betriebene Organisation müßte die wichtige Sache klar und wirksam betreiben, damit jetzt alle Vorkarbeiten angefertigt werden, als da sind: Kigolen und Umgraben, Düngen, Regen von Wasserleitungen, Herstellen von Wegen und Hänen, Wildbeuten und Barnhäusern sowie endlich von Wohnungen und Ställen. Auch bezüglich der Wohnungen ist es möglich, als auch während des Winter unter Schutzmaßnahmen umgebender Arbeiter und Frauen viel zu schaffen.

Schließlich muß noch ein für die Industrialisierung dieser und der landwirtschaftlichen Betriebe besonders wichtiges Hilfsmittel erwähnt werden, nämlich die Elektrifizierung, die durch die überaus starke Verbreitung von elektrischen Kraftzentralen bestens vorbereitet, aber bei weitem noch nicht genügend eingeführt ist. Gar viele Landwirte wissen nicht besser mit Politik, besonders Jollpolitik, und militärischen als mit elektrischen Problemen Befähigt, wie man sich leicht überzeugen kann, und deshalb mag es angezeit sein, die Verwendungsmöglichkeiten kurz anzudeuten. Die wichtigste Aufgabe ist für die planmäßige Entwidlung und die Verteilung des Stromes, und die Verteilung des Stromes, und die Verteilung des Stromes, und die Verteilung des Stromes.

Nur durch die elektrische Beförderung, worin ebenfalls durch die jetzt freierdenenden Militärferndampfen günstige Vorbedingungen gegeben sind, da Wagen und, beim Fahren von Strom, auch keine Lokomotiven genügend vorhanden sind. Die Wichtigkeit guter Transportbedingungen ist so erheblich, daß allgemein der Bau solcher Bahnen, nötigenfalls auf oder neben den Landstraßen, sofort einleiten muß, wobei große Mengen menschlicher Arbeitskräfte unterzubringen sind. Zusammenfassend: Sofortige Vorbereitung von Gemüßen und Obdachlosen durch Verteilung Güter, Erwerb und Anbahnung der aus Militärbedarf freierdenenden Lokomotiven, Kraftfahrzeuge, Verteilung von künstlichem Dünger an landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe, Fortsetzung von Bewässerungsanlagen, Wegen, Kleinbahnen, Hänen und Gebäuden. Einheitliches Vorgehen im Reich mittels Organisation durch die Staatsbehörden ist nötig!

Aus aller Welt.

Abgefahte Bahndrücker.

Hamburg, 12. Dezember. Dem Eisenbahndienst des obersten Marineamts der Marine ist es gelungen, an dem Güterbahnhof Hamburg-Badmit über 50 Militär- und Zivilpersonen, die Österrögen erbrachten und Lebensmittel, Spirituosen usw. entwendet hatten, zu verhaften und dem Untersuchungsgefängnis zuzuführen.

Explosion auf einem amerikanischen Dampfer.

Washington, 11. Dezember. Bei einer Kohlenkautexplosion an Bord des Kreuzers Brooklyn in Chesapeake wurden sechs Mann getötet und 30 verwundet.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 12. Dezember. Aus zuverlässiger Quelle erhielt B. L. S.: Eine taubstumme junge Mann, Sohn von altbackenen Eltern, hat aus Streichholz zur Zwangsarbeit noch Belgien abgeführt worden.

Bekanntmachung.

Der händliche markenfreie Verkauf von Saftmarmelade, 4. Brand von Freie von 2.50 M. wird in der Saftmarmelade Schule fortgesetzt.

Halle, den 13. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Freitag, den 13. und am Sonnabend, den 14. Dezember 1918, bei den von ihnen gemachten Großhändlern den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kaffe-Gesäß abzugeben.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 12. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Abholung von Winterkartoffeln von einer händlichen Kartoffelausgabestelle.
Am Sonnabend, dem 14. Dezember von 8-11 Uhr vormittags, können diejenigen Personen in der händlichen Kartoffelausgabestelle Brandt & Voelck, Franzstr. 19, ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsheine mit den Nummern (mit roter Tinte ausgefüllt) 121-206 versehen sind. Die Bezugsheine sind hierbei abzugeben.
Halle, den 13. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Zudermarken für Sonderverteilung aus Gipsarbeiten findet in der Woche vom 18.-21. Dezember 1918 zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den händlichen Warenausgabestellen statt. Die Zudermarken für die Sonderverteilung berechtigen zur Entnahme von 500 Gramm Zucker. Jeder Haushalt erhält jedoch Marken, als auf jenem Lebensmittelkartenhausangehörige verteilt sind. Befragte sind aufzuarbeiten Personen haben auf die Befragung mit Gipsarbeiten-Zucker keinen Anspruch.
Halle, den 13. Dezember 1918. Der Magistrat.

Schuppdenimpfung.

Die letzten Letzte, die in diesem Jahre in hiesiger Stadt Schuppdenimpfungen vollzogen haben, werden ersucht, ihre Privatimpfungen möglichst umgehend, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember dieses Jahres der Volkseierverwaltung, Drehschiffstraße 4 (Zimmer 19) einzuzeigen.

Wiederimpfungen erwünschter, nicht mehr schulpflichtiger Personen müssen in besondere Listen aufgenommen werden.
Halle, den 28. November 1918.

Die Volkseierverwaltung.

Große Ulrichstr. 50

I. Obergeschoß, [1800

Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.

Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Kochkisten - Verkauf

wochentags von 10 bis 12 Uhr

Rathausstraße 17 I.

Haushaltungswirtschaftliche Beratungsstelle des halleschen Frauenbundes.

Das Stopfen der Kochkisten wird unentgeltlich gelehrt.

Richard Wolf, Baumaterialien

Verl. Königsstr. Fernspr. 1113

Halle a. S.

empfehlen zur billigsten Lieferung
Einmachepföpfe, Eßbehälter von 5-80 L. Inhalt. [1823
für Schweine, Ferkel, Ziegen, Kaninchen usw.
in allen Formen und Größen.
Ferner empfehle ich mich zur Lieferung aller **Baumaterialien.**

Kleider- und Kostümstoffe

in Wolle, Seide, Samt- und Schleiervestoff
Große Auswahl o. Vorteilhafte Preise [507
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier tauf
Alb. Bode jun., Rausstr. 22.

Schuhe werden mit Lederhüden und Scherriemen befestigt und repariert. [1100
Soffmann, Schützenstr. 20.

Drucksachen

Unsere Buchdruckerei, ausgestattet mit allen modernsten, der Neuzeit entsprechenden Schriften, Einfassung- und Vignettenmaterial, empfiehlt sich den Gewerkschafts- und Partei-Genossen, sowie einer geehrten Geschäftswelt zur Anfertigung von sämtlichen Vereins- und Geschäftsdrukksachen, wie Eintritts- und Mitglieds-karten, Jahresberichten, Zirkulare, Programme,



Statuten, Rechnungen, Prospekten u. Plakaten. Ferner empfehlen wir uns zur Herstellung von Familiendrucksachen in nur bester und moderner Ausführung bei angemessener Preisstellung. Unser Bestreben wird sein, nur einwandfreie und gut ausgestattete Arbeiten zu liefern. Den geschätzten Aufträgen werden wir in jeder Beziehung rechte Sorgfalt angedeihen lassen.

Freie Presse
G. m. b. H. Leipzig + Buchdruckerei und Verlag

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

- Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.
- In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.
- Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.
- Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.
- Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.
- Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein
- Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzeltung / Frauenzeltung / Praktische Damenmode Hausschneiderl./Sonntagszeltung/Deutsche Modenzeltung

Zimmerer, Schlosser, Schmiede u. sonst. Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung.

Grube Pauline in Dörstewitz.

Tüchtige Polierer zum Aufarbeiten alter Statuen, Funden- od. tagemeide, auch abends oder Sonntags sofort gesucht. [1814
Herm. Lüders, Mittelstraße 9/10.

Wash-Service mit Goldkanten sehr preiswert. [1544
C. F. Ritter, Leipziger Str. 90.

Gummiwaren-Handlung und Versandhaus
A. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.

Fast neue echte Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmereinrichtungen, Fußb.-Schränke, Verticos, Sofas, Wanzentagen (große Auswahl) empfiehlt
H. Schöne, Bübener Str. 7.

Preiswerte Mützen für Herren und Knaben
Schüler- u. Soldatenmützen [1471
in großer Auswahl
Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Str. 87

Die Gleichheit sozialdemokratische Frauenzeitung eingetroffen.
Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Zirkus Althoff

2 große Vorstellungen 2
Halle, 8 Uhr
In allen Nachmittags-Vorstellungen **Große Weihnachts-Verlosung** für Kinder. Jedes Kind erhält beim Lösen einer Eintrittskarte ein **Freilos.**
In allen Vorstellungen: **Rom. Pantomime „Die Schulfinder“** ausgeführt vom gesamten Personal. Alles weitere siehe Anschlag.

Achtung! Achtung!

Merseburg!

Öffentliche Volkerversammlung

Freitag, den 13. Dez. 1918, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant zur Funkenburg.

- Tagesordnung:
1. Deutschlands Zukunft. Redner: Schriftleiter Gen. Dübel, Zeig.
 2. Freie Ausprägung.

Am recht zahlreichen Erscheinen aller Einwohner Merseburgs wird gebeten. Keiner darf fehlen.

Arbeiter- und Soldatenrat.
J. A.: H. Thieme.

Nach einer Verfügung des Reichs-marineministers vom 13. 11. 18 kann nunmehr **Teer** ohne Beschränkung an Handwerker, Bedienungsgeschäfte und private Verbraucher, sowie zu Straßen- u. Schiffstenerungen u. sonstigen Nutzwecken abgegeben werden.
Halle, den 19. 11. 1918. [1724
Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke

Wahlleiter gesucht.

Partei-genossen mit längerer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung wird für Halle und den Saalkreis als Leiter der Wahl für die Nationalversammlung gesucht. Rednerische Befähigung erwünscht. Eintritt sofort. Dauernde Stellung als Parteisekretär in Aussicht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung bis 15. Dezember zu richten an den **Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis.**
Ad. Thiele, Bernharbstraße 68.

Redakteur

für Lokales und Provinz zum sofortigen Antritt für die hallesche Volksstimme gesucht. Bewerbungen sind zu richten an **Hermann Garbe, Halle, Harz 42/44.**

Mehrere Genossen

zur Leitung der Wahl für die Nationalversammlung, für einige Kreise im Regierungsbezirk Merseburg gesucht. Die Genossen müssen bis zum Schluß der Wahl völlig zur Verfügung stehen. Rednerische Fähigkeiten erwünscht, aber nicht Bedingung. Meldungen bis zum 25. Dezember beim Unterzeichneten. **Sozialdemokrat. Bezirkssekretariat Halle a. S. H. Drescher, Harz 42-44.**

Die deutsche Revolution

Des Volkes Sieg und Zukunft von **Erich Ruttner** Redakteur des Vorwärts
Preis 25 Pf.

Vorrätig in der Buchhandlung der Volksstimme

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

